



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Claudia Kirmeyer

Zi.Nr.: 206

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
claudia.kirmeyer@lra-
ed.de

Erding, 19.08.2014
Az.:

52. Sitzung des Kreisausschusses am 17.02.2014

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Els, Georg

Gotz, Maximilian

Huber, Martin

Lackner, Helmut

Meister, Michaela

Scharf, Ulrike

Schmidt, Horst

Sterr, Josef

Stieglmeier, Helga

Treffler, Stephan

Wiesmaier, Hans

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Fuchs-Weber Karin

Helfer Helmut zu TOP 1

Freytag Bernd zu TOP 2

Kirmeyer Claudia (Protokoll)

Centner Christina

Ferner nehmen teil:

Herr Kreisbrandrat Huber zu TOP 2

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Klinikum Landkreis Erding
Fehlbetragsausgleich 2014
Vorlage: 2014/1486
2. Katastrophenschutz;
Konzept Hochwasserpumpen und Sandsackfüllanlagen
Vorlage: 2014/1496
3. Bekanntgaben und Anfragen
 - 3.1. Anfrage von Kreisrat Schmidt zum Planungsstand der Nordumfahrung
 - 3.2. Anfrage zur Präsentation des Landkreises bei Grüner Woche Berlin
 - 3.3. Anfrage von Kreisrat Schmidt zur Bildungsregion

I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses am 17.02.2014

1. Klinikum Landkreis Erding Fehlbetragsausgleich 2014 Vorlage: 2014/1486



LANDKREIS
ERDING

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Vorlagebericht und bittet Herrn Helfer um nähere Erläuterungen.

Büro des Landrats
BL

Herr Helfer berichtet, dass das Antragschreiben des Klinikums Landkreis Erding am 30. Januar eingegangen ist. Demnach soll der kalkulierte Fehlbetragsausgleich in Höhe von 1,579 Mio. € ausgeglichen werden. Im Haushalt des Landkreises war dafür ein Betrag von 1,580 Mio. € angesetzt. Der Fehlbetrag kann mit Zustimmung von Kreisausschuss und Kreistag ausgeglichen werden.

Kreisrätin Stieglmeier berichtet von einer Zeitungsmeldung, in der das Defizit deutlich höher beschrieben ist, als vom Kreistag beschlossen. Die Grünen haben daher den Antrag gestellt, den Sachverhalt im Kreisausschuss zu behandeln.

Der Vorsitzende antwortet, dass nie ein anderer Betrag vorgesehen war. Die Summe entspricht dem eingeplanten Haushaltsansatz. Die Irritation ist möglicherweise durch das noch nicht feststehende Ergebnis aus dem Vorjahr entstanden. Für das Jahr 2013 waren 1,670 Mio. € eingeplant. Die Hochrechnungen lagen zwischenzeitlich deutlich höher.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende verliest folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0344-14

Dem Kreistag wird folgender Beschluss empfohlen:

1. Zum Ausgleich des für das Jahr 2014 kalkulierten Defizits wird dem Klinikum Landkreis Erding ein Fehlbetragsausgleich in Höhe von 1.579.037 € gewährt.
2. Der Fehlbetragsausgleich erfolgt anhand der Maßgaben des vom Kreistag am 12.03.2012 erlassenen öffentlichen Betrauungsaktes.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**

Kreisrätin Stieglmeier merkt an, dass die Fraktion der Grünen in ihrem Antrag auch gefordert hat, über die Entwicklung der Klinik Dorfen informiert zu werden. Sie fragt, ob die Information für die nächste Sitzung eingeplant ist.

Der Vorsitzende berichtet, dass in den Pressemeldungen zusätzliche Maßnahmen im medizinischen Bereich angekündigt werden. Dazu gibt es jedoch noch keine Festlegungen, in welcher Form Investitionen notwendig sind. Wenn die Summe beziffert ist, wird zunächst der Verwaltungsrat über

die Angelegenheit beraten und anschließend der Kreistag informiert. Es könnte sein, dass die Entscheidung relativ bald fällt.



LANDKREIS
ERDING

2. Katastrophenschutz; Konzept Hochwasserpumpen und Sandsackfüllanlagen **Vorlage: 2014/1496**

Der Vorsitzende verweist auf den Vorlagebericht und begrüßt Herrn Freytag und Herrn Kreisbrandrat Huber und bittet sie um nähere Erläuterungen.

Büro des Landrats
BL

Herr Huber berichtet, dass beim letzten Hochwasser klar wurde, dass einige Gerätschaften immer noch fehlen. Dabei geht es vor allem um große Pumpen und Sandsackfüllanlagen. Die Kommunen sollen dahingehend unterstützt werden, dass Gerätschaften beschafft werden, die nicht von einer einzelnen Kommune bereitgestellt werden können. Es handelt sich um Großpumpen, die über das normale Feuerwehnniveau hinausgehen und Anlagen zur Befüllung von Sandsäcken. Ein weiteres Modul ist die Warnung der Bevölkerung. Diese soll zukünftig wieder über Lautsprecher auf einem Mehrzweckfahrzeug informiert werden. Die Texte können auf CD aufgesprochen und landkreisweit vervielfältigt werden. Das Großpumpenmodul besteht aus Zapfwellenpumpen. Es war wichtig, keine Motoren zu beschaffen, die nach zehn Jahren wieder kaputt gehen. Der Landkreis kann keine Fahrzeuge und Anhänger beschaffen, da er nicht über passende Unterstellmöglichkeiten verfügt. Es handelt sich um kompakte Geräte, die auf einem Unimog oder Traktor transportiert werden können. Da sie sehr wartungsarm sind, ist von einer langen Lebensdauer auszugehen. Die beiden Sandsackfüllanlagen können bis zu 2.500 Sandsäcke pro Stunde produzieren. Das Pumpenmodul für das THW wird ausschließlich für den Landkreis Erding genutzt. Die Kreisbrandinspektion spricht das Konzept auch mit der Stadt Erding ab. Die Kalkulation liegt momentan bei 150.000 €. Die Beschaffung könnte unmittelbar erfolgen.

Der Vorsitzende bittet um nähere Informationen zum Schlauchmaterial.

Herr Huber erklärt, dass für die Großpumpe Schlauchmaterial zum Einsatz kommt, das den 14fachen Durchsatz der bisher von der Feuerwehr verwendeten Schläuche leisten kann. Momentan wird dafür noch nach einem vernünftigen Transportsystem gesucht. Das ist ein großer Posten in der Kalkulation. Es nutzt nichts, große Pumpen einzusetzen, wenn das Wasser nicht wegtransportiert werden kann.

Kreisrat Gotz berichtet, dass in der vergangenen Woche die maßgeschneiderte Konzeption für die Stadt Erding vorgestellt wurde. Er bietet von Seiten der Stadt Erding Unterstützung im Bereich der Unterstellmöglichkeiten an. Für die Schlauchmodule gibt es einen Hersteller aus der Schweiz. Es stellt sich die Frage, in welchen Dimensionen bestellt wird. Die Kreisbrandinspektion hat darauf hingewiesen, dass das Wasser nicht einfach nur abgepumpt werden kann, sondern auch wegtransportiert werden muss, damit ein Entlastungseffekt entsteht. Es sollten gemeinsame Überlegungen von Stadt und Landkreis Erding ins Auge gefasst werden. Der Verbund der Gemeinden soll gestärkt werden. Hochwasser hört nicht an einer Grenze auf. Bei den Voraussetzungen für die baulichen Maß-

nahmen soll darauf hingewirkt werden, eine gemeinsame Lösung zu finden.

Kreisrätin Meister merkt an, dass die Thematik der Retentionsflächen im Bereich der Stadt Dorfen gut funktioniert hat. Auch in Dorfen gab es im Hinblick auf die Pumpen einen Engpass. Sie fragt, ob mit allen Gemeinden über die Kompatibilität der Module gesprochen wurde.

Herr Huber antwortet, dass das Modul überall betrieben werden kann. Momentan werden für die Stationierung Feuerwehren ausgewählt, die über die entsprechenden Transportkapazitäten verfügen.

Der Vorsitzende betont, dass Stadt und Landkreis Erding die Beschaffungen jeweils im Rahmen ihrer Zuständigkeit regeln. Feuerwehraufgaben liegen in der Zuständigkeit der Gemeinden. Der Landkreis ist für den Bereich Katastrophenschutz zuständig. Der Landkreis hat nur Zuständigkeit für Angelegenheiten, die über den jeweiligen Gemeindebereich hinausgehen. Das Konzept der Kreisbrandinspektion besteht aus mehreren Bausteinen. Es wird versucht, Pumpen verschiedenster Art einzusetzen. Für das THW Markt Schwaben werden Elektrotauchpumpen beschafft, da dort auch Elektrostromerzeugung möglich ist. Im Bereich der Stadt Dorfen konnte jedoch das Gelände mit dem Anhänger nicht erreicht werden. Mit einem Unimog kann das Gerät auch ins Gelände transportiert werden. Dazu muss auch entsprechendes Schlauchmaterial mit beschafft werden. Bisher waren für die Sandsackbefüllung immer Personalressourcen von 10 bis 15 Mann sowie technisches Gerät nötig. Die Sandsackfüllanlage vereinfacht diesen Ablauf enorm. Das ausgewählte Gerät müsste aber noch umgebaut werden. Mit einem Förderband kann dieser Bereich weitgehend technisiert werden. Die anderen Bereiche sind mit der Stadt Erding abgestimmt, die ebenfalls einige Beschaffungen tätigt. Parallelbeschaffungen machen keinen Sinn. Die 120.000 bestellten Sandsäcke werden im gesamten Landkreis verteilt. Solche Überlegungen werden mit allen Feuerwehren abgestimmt. Der Landkreis steht selbstverständlich jeder Gemeinde bei Beschaffungen zur Abstimmung im Konzept zur Verfügung.

Kreisrat Wiesmaier zweifelt daran, dass die für Erding beschafften Geräte des THW Markt Schwaben auch nur dort eingesetzt werden. Bei der letzten Hochwasserkatastrophe wurden aus seiner Gemeinde sämtliche personellen und materiellen Ressourcen abgezogen. Er begrüßt daher die Bereitschaft zur engen Abstimmung zwischen Landkreis und Gemeinden.

Der Vorsitzende erklärt, dass im Fall eines Katastrophenalarms das THW Markt Schwaben sofort involviert ist. Der Landkreis Erding verfügt selbst nicht über Stromerzeuger, mit denen die Geräte betrieben werden könnten. Es macht daher Sinn, die benötigten Gerätschaften beim THW Markt Schwaben einzulagern. Das Personal und die zusätzliche Ausrüstung werden von dort gestellt. Es werden bei Großschadenslagen Anfragen kommen, ob die Geräte auch andernorts eingesetzt werden können. Selbstverständlich wird dem Einsatz zugestimmt. Bei entsprechenden Schadenslagen erwartet der Landkreis Erding ebenfalls, dass nötige Geräte zur Verfügung gestellt werden. Wenn der Landkreis Erding die Pumpe selbst benötigt, wird sie auch nirgendwo anders eingesetzt.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Lackner lobt das Konzept. Mit der eigenständigen Befüllung von Sandsäcken wird ein großer Teil der Mannschaft gebunden. Wenn die eigene Gemeinde betroffen ist, kann dies sicherlich zu Problemen führen.

Der Landkreis unternimmt jetzt etwas. In diesem Zuge sollten die betroffenen Gemeinden angeschrieben werden, damit sie sich stärker mit der Sache beschäftigen. Der Landkreis kann im Bereich der Beschaffungen möglicherweise Empfehlungen geben.

Der Vorsitzende bittet Herrn Huber im Namen der Kreisbrandinspektion, die Gemeinden über die geplanten Beschaffungen zu informieren. Diese Information soll Berücksichtigung bei eventuellen Beschaffungen in den Städten, Märkten und Gemeinden finden. Die nötigen Beschaffungen in den Gemeinden sollen auch an die Kreisbrandinspektion gemeldet werden.

Kreisrat Treffler fragt, woher die Anlage zur Information der Bevölkerung während der Trinkwassersperre kam. Er fragt, ob die Mobilisierung der Bevölkerung möglicherweise Abhilfe für die Befüllung der Sandsäcke schaffen würde.

Der Vorsitzende antwortet, dass mit dem bisherigen Verfahren sicherlich nahezu alle Bürgerinnen und Bürger beim Befüllen der Sandsäcke helfen könnten. Es wird aber in jedem Fall sehr viel Personal gebunden. Bisher wurde das Thema Sandsackfüllanlagen zurückgestellt. Mit den neuen Anlagen können bis zu 2500 Sandsäcke pro Stunde befüllt werden. Das Personal würde auch an anderer Stelle dringend gebraucht. Mit der neuen Anlage kann mehr in kürzerer Zeit geleistet werden. Wegen der Alarmierungssicherheit waren bis auf zwei Feuerwehren im Landkreis alle anderen Wehren im Einsatz. An vier Stationen waren jeweils 15 bis 20 Einsatzkräfte damit beschäftigt, Sandsäcke zu füllen. An den Anlagen können auch Helfer ohne besondere Ausbildung arbeiten.

Kreisrat Schmidt betont, dass es sich nicht um ein Konzept handelt, das der Landkreis für die Stadt Erding erarbeitet hat. Vielmehr geht es um Bausteine für den Katastrophenschutz des gesamten Landkreises. Die Feuerwehren müssen sich untereinander abstimmen. Hier gilt der Kreisbrandinspektion besonderer Dank für die Koordination. Es ist wichtig, dass die Bevölkerung wahrnimmt, wie alarmiert wird. Er berichtet von einem Feuerwehrmann, der Leute gewarnt hat, die darauf überhaupt nicht reagiert haben. Die Alarmierung im Katastrophenschutzbereich sollte dem Gremium noch einmal geschildert werden. Im Katastrophenfall muss mit mehreren Informationsbündeln gearbeitet werden. Lautsprecherdurchsagen sind sicherlich notwendig. Im technischen Bereich gibt es aber noch viele andere Möglichkeiten, die zeitgleich genutzt werden können. Der Kreistag hat das Geschehene zum Auftrag genommen, die bisherigen Katastrophenschutzmaßnahmen zu verbessern.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Sandsackfüllanlage mobil ist. Sie wird üblicherweise dort aufgestellt, wo das Material hingeliefert wird. Die Stadt Erding hat selbst bestimmt, dass sie auch etwas beschaffen möchte. Im Katastrophenfall muss zunächst der Landkreis handeln. Wenn die örtliche Leistungsfähigkeit der lokalen Feuerwehr überstiegen wird, greift das Landratsamt mit der Führungsgruppe Katastrophenschutz ein. Die Gerät-

schaften werden unabhängig von den Unterstellplätzen im ganzen Landkreis eingesetzt.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Sterr bittet, dass der Landkreis alle Gemeinden erneut anspricht, um die Bedeutung des technischen Hochwasserschutzes herauszuheben. Retentionsflächen spielen eine sehr große Rolle. Die Situation in Dörfern hat sich erst seit der Schaffung von Retentionsflächen entscheidend verbessert.

Kreisrätin Stieglmeier merkt an, dass Hochwasser nicht an der Gemeindegrenze Halt macht. Es wäre wünschenswert, wenn der Landkreis koordinierend einwirken und ein Konzept erarbeiten würde, wie ein ökologischer Hochwasserschutz zusätzlich zum sicherlich nötigen technischen Hochwasserschutz im Landkreis Erding aussehen kann.

Der Vorsitzende betont, dass der Landkreis nicht in die kommunale Planungshoheit eingreifen kann. Die Gemeinden können sensibilisiert und gebeten werden, Rücksicht im Hinblick auf ihre gemeindlichen Planungen zu nehmen. Das staatliche Landratsamt kann bei Bauleitplanungen auf die jeweilige Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes hinweisen. Diese Stellungnahme ist als Rechtsgrundlage vorgegeben. Bei den Abwägungen zur Bauleitplanung in sensiblen Gebieten bittet er die entsprechenden Gremien der Gemeinderäte rücksichtsvoll und vorausschauend zu handeln. Es wird sicherlich bei Einzelbaugenehmigungen zukünftig mehr Wert darauf gelegt, dass in Hochwasserüberschwemmungsgebieten keine Ausnahmen mehr gemacht werden.

Kreisrat Els fragt, ob für die Anforderung der Sandsackfüllanlagen an die Gemeinden eine formlose Anfrage an die Integrierte Leitstelle genügt.

Der Vorsitzende antwortet, dass eine solche Anlage unabhängig vom Alarmierungsstand zum Einsatz gebracht werden kann. Für die Beschaffung muss die Anlage dem Katastrophenschutz zugeordnet werden. Wenn entsprechende Anrufe eingehen, wird die Anlage selbstverständlich zur Verfügung gestellt. Üblicherweise tritt Hochwasser nur dann auf, wenn es bereits wochenlang geregnet hat. Es wird dann schwierig, trockenen Sand zu beschaffen. Die Anlage funktioniert auch mit einem entsprechenden Feuchtigkeitszustand des Sandes. Das bedeutet eine nochmalige Verbesserung zur normalen händischen Befüllung.

Kreisrat Gotz betont, dass die Kreisbrandinspektion zu Recht das Ziel formuliert hat, eine Lösung für den gesamten Landkreis unter Berücksichtigung der einzelnen Feuerwehren zu suchen. Die Zentrale im Landratsamt ist sehr kompetent darin, gemeinsam mit den Gemeinden vernetzt etwas aus den Erkenntnissen zu entwickeln. Es handelt sich um eine Gemeinschaftsaufgabe. Selbstverständlich wird auch die Stadt Erding ihre Geräte zur Verfügung stellen, wenn sie an anderer Stelle im Landkreis gebraucht werden.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende verliest daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0345-14

Dem vorgestellten Konzept wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

3. Bekanntgaben und Anfragen

3.1. Anfrage von Kreisrat Schmidt zum Planungsstand der Nordumfahrung

Kreisrat Schmidt bittet mit Hinblick auf Anfragen aus dem Stadtrat um den aktuellen Stand der Planungen zur Nordumfahrung. Es ist sinnvoll, dass auch Kreis- und Strukturausschuss noch über die Planungen informiert werden.

Der Vorsitzende berichtet, dass es dazu derzeit keinen neuen Planungsstand gibt. Die Beschlusslage vom 12.03.2012 ist nach wie vor so, dass eine große Mehrheit beschlossen hat, die Planfeststellungsunterlagen durch das Staatliche Bauamt erarbeiten und anschließend für die Erörterung einreichen zu lassen. Dieser Schritt wird vermutlich noch in diesem Jahr erfolgen. Es wird daher weder eine neue Beschlusslage benötigt, noch hat sich am Stand der Dinge etwas geändert. Er sichert zu, über die Fertigstellung der Unterlagen und die Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens zu berichten.

3.2. Anfrage zu Präsentation des Landkreises bei Grüner Woche Berlin

Kreisrat Schmidt zeigt sich verärgert über die Präsentation des Landkreises Erding bei der Grünen Woche in Berlin. Es ist der Eindruck entstanden als ob eine CSU-Delegation nach Berlin gefahren ist. Der Landkreis hat den Messeauftritt für 40.000 € finanziert. Im Kreisausschuss und auch im Kreistag besteht die Zielsetzung der Wirtschaftsförderung. Der Tourismus und die Region sollen möglichst gut dargestellt werden. Es ist nicht verständlich, dass dies nur durch Repräsentanten der CSU passiert. Neben den Landtags- und Bundestagsabgeordneten der CSU sind der Bundestagsabgeordnete der SPD und andere Vertreter nicht eingeladen worden.

Der Vorsitzende betont, dass der Bundestagsabgeordnete Schurer sehr gerne am Stand des Landkreises Erding vorbeikommen kann. Er hielt aber anscheinend einen Besuch nicht für notwendig. Die Abgeordneten Scharf und Dr. Lenz sind nicht auf Landkreiskosten nach Berlin geflogen. Beide waren nicht darüber informiert, wann die Landwirtschaftsminister aus Bund und Land den Stand des Landkreises Erding besuchen. Die Delegation des Landkreises Erding verbrachte nur zwei der zehn Tage auf der Grünen Woche. Es handelt sich dabei um Personen, die etwas mit dem Bereich Fremdenverkehr und Tourismus zu tun haben. Dazu zählen die Vorsitzende des Tourismusverbandes Kruppa, der ehemalige Abgeordnete Schwimmer, Gemeindetagsvorsitzender Wiesmaier und der stellvertretende Landrat Gotz. Anregungen, wer noch Teil der Delegation werden sollte nimmt er sehr gerne entgegen. Es sollte aber eine Verbindung



LANDKREIS
ERDING

zur Grünen Woche und zur Wirtschaftsförderung bestehen. Die Summe von 40.000 € ist im Übrigen für den gesamten Messeauftritt des Landkreises Erding während eines Jahres vorgesehen. Der bayerische Bauernverband und die Landfrauen haben einen Großteil zum guten Gelingen des Messeauftritts auf der Grünen Woche beigetragen. Es wurde dabei nicht nach dem Parteibuch gefragt.

Kreisrat Schmidt hält es für wichtig, dass dem Kreisausschuss die Summe von 40.000 € im Einzelnen aufgeschlüsselt wird. Es ist unwahrscheinlich, dass ein einziger Messeauftritt diese hohe Summe ausmachen kann. Messeauftritte sollen den Landkreis nach außen hin präsentieren.

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Wiesmaier fragt, was Kreisrat Schmidt mit dieser Feststellung bezwecken möchte. Ein Landkreis kann nicht nur in den Sitzungssälen entwickelt werden. Es muss auch nach außen gegangen und Verbindungen aufgebaut werden. Die Delegation befand sich während ihres Besuches von morgens bis abends am Stand. Viele junge Besucher haben festgestellt, dass der Landkreis Erding mit Landrat, Gemeindegemeindevorsitzendem und Oberbürgermeister und weiteren Vertretern präsent ist. Der Landkreis Freising fehlt auf der Grünen Woche und somit auch in der Entwicklung der Region. Der Landkreis Erding stand in der Bayernhalle im Fokus der Besucher. Es ergibt kein schönes Bild, im Nachgang darüber zu streiten, wer mit dabei war und wer nicht.

Der Vorsitzende sagt, dass gern darüber diskutiert werden kann, wer im nächsten Jahr Teil der Delegation werden sollte. Selbstverständlich können die Fraktionsvorsitzenden gern an der Fahrt teilnehmen.

Kreisrat Schmidt merkt an, dass es nicht um Personalien geht, sondern um einen Gesamteindruck, dass der Landkreis Erding nur aus Vertretern der CSU besteht. Das ist nicht richtig und das muss deutlich gesagt werden.

3.3. Anfrage von Kreisrat Schmidt zur Bildungsregion

Kreisrat Schmidt betont, dass die SPD-Fraktion die Initiative zur Bildungsregion sehr begrüßt hat. Er selbst konnte aus gesundheitlichen Gründen leider nicht dabei sein. Es ist jedoch sehr verwunderlich, dass die Sprecher der einzurichtenden Arbeitsgruppen bis auf eine Ausnahme ausschließlich von CSU-Mandatsträgern geführt werden. Die Kompetenzen im Landkreis Erding sind sehr viel breiter, als dass sie sich nur in einer Partei widerspiegeln. Es ist nicht in Ordnung, dass solche Punkte nicht in den Gremien besprochen werden. Es ist sicher keine parteipolitische Abbildung für die Arbeitskreise nötig. Es ist aber nicht in Ordnung, dass andere einfach ausgeschlossen werden und CSU-Vertreter die Ämter wahrnehmen.

Der Vorsitzende betont, dass es nicht um Parteipolitik geht. Das Parteibuch ist nicht der Grund für die Auswahl der Arbeitsgruppenleiter. Das Thema Bildungsregion wurde mit den Fraktionsvorsitzenden vorbesprochen. Es besteht kein Anspruch darauf, dass jede Fraktion einen Säulensprecher stellt. Es sollte dem Landrat überlassen werden, wer für welche Position ausgewählt wird. Die Vorschläge kamen aus verschiedenen Reihen. Es wurde darauf geachtet, dass diejenigen, die eine Säulensprecher-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

position ausfüllen, dies auch mit entsprechender Qualität tun. Herr Kreisrat Sterr kommt als ehemaliger Schulleiter und Mitarbeiter im Kultusministerium sicherlich für eine solche Aufgabe in Frage. Franz Hofstetter hat durch verschiedenste Aktivitäten im Bereich des Mehrgenerationenhauses und als Bürgermeister generationenübergreifend mit dem Thema Bildung Erfahrungen gesammelt. Josef Biller ist als ehemaliger Schulleiter durch seinen eigenen beruflichen Werdegang prädestiniert. Herr Stadick ist parteipolitisch unauffällig. Er kann auch den Bereich Jugend und Jugendhilfe abdecken. Herr Suhre hat aus anderer parteipolitischer Richtung die Moderation übernommen. Herr Dr. Hahn aus der Verwaltung wurde zwar nicht so sehr erwähnt, steht aber eigentlich als Ansprechpartnern über den Säulensprechern. Er ist als Staatsbeamter zu Neutralität verpflichtet. Von insgesamt neun Personalien sind also vier Mitglieder der CSU. Es gibt weder einen Proporz, Ausschlusskriterien noch andere Faktoren.

Kreisrat Sterr sagt, dass er das Amt des Säulensprechers nicht übernommen hat, weil er Mitglied der CSU ist. Stattdessen fühlt er sich in diesem Bereich kompetent und kennt sich in dieser Materie aus. Es war ihm bereits als Bürgermeister ein Anliegen, sich für die Schulen einzusetzen. Die Kritik hält er daher für deplaziert. Der Säulensprecher ist für die Organisation zuständig und hat damit die Arbeit. Der Arbeitskreis trifft jedoch die wegweisenden Entscheidungen. Für den von ihm geleiteten Arbeitskreis haben sich weit über 40 Personen gemeldet. Es ist nicht nachzuprüfen, wie viele davon Mitglieder der CSU sind. Es ist davon auszugehen, dass der überwiegende Teil nicht Mitglied der Partei ist. Kein einziger davon hat seine Teilnahme am Arbeitskreis davon abhängig gemacht, ob der Säulensprecher Mitglied der CSU ist, oder nicht. Es geht um die Bildungsregion und die jungen Menschen, denen die bestmöglichen Chancen gegeben werden sollen. Wenn ein Mitglied des Arbeitskreises den Vorsitz übernehmen möchte, hat er damit kein Problem.

Kreisrat Schmidt sagt, dass es nicht darum ging, die Kompetenz oder Qualität der einzelnen Säulensprecher in Frage zu stellen.

Der Vorsitzende fragt, wen Herr Kreisrat Schmidt alternativ vorgeschlagen hätte. Die Säulensprecher können nicht in Frage gestellt werden, weil sie zufällig CSU-Mitglieder sind. Es muss die gesamte Führungsriege der Bildungsregion Erding inklusive der Koordinatorin der Regierung von Oberbayern, Frau Glatter, Herrn Suhre und Herrn Dr. Hahn betrachtet werden. Es wurde nicht nach deren Parteibuch gefragt. Wenn keine Diskussion über Parteizugehörigkeit in der Öffentlichkeit angestrengt worden wäre, hätte niemand aus der Bevölkerung das so wahrgenommen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreisausschusses um 14.45 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Claudia Kirmeyer
Verwaltungsangestellte